

Die Woche im Blick

Prof. Wilfried Wagner, Mainz:
Chancen für befundorientierte Festzuschüsse 2

KZVN soll nicht erhaltene Gelder auszahlen:
Für Schirbort ist das Urteil „ein Schildbürgerstreich“ 3

Neben der GKV auch die PKVen in der Krise:
Private Krankenversicherer gegen Pleitevorwurf 4

Zahnmedizin

Krebs beim älteren Patienten:
Zwischen Radikalität und Lebensqualität 9

Maßgeschneiderte Implantate:
Kunststoff und Titan statt Haut und Knochen 10

Praxis aktuell

DH-Fortbildung:
Qualifikation geht vor „Internationalität“ 11

Antibiotische Therapie marginaler Parodontopathien:
Es muss nicht immer Penicillin sein 17

Wie sage ich es meinem Patienten – Selbstzahlerleistungen:
Kein Zahnarzt muss „verkaufen“ 20

Internetseiten 14-16

DZW-Wirtschaft 23-25

Leserforum 32

Ein Wahlkampf, in dem die Gesundheitspolitik eine untergeordnete Rolle spielte:

Jetzt stehen neuer Bema, Einkaufsmodelle und Qualitätssicherung an

Die Gesundheitspolitik spielte in diesem Wahlkampf bei weitem nicht die Rolle, die ihr zu Beginn dieses Jahres als wahlentscheidend zugeordnet worden war. Weder der CDU/CSU noch der FDP ist es trotz klarer Bekenntnisse der zahnärztlichen Körperschaften und Verbände zu einem Regierungswechsel gelungen, Kapital aus der als „völlig verfehlt bezeichneten Gesundheitspolitik der letzten Jahre“ zu ziehen.

So gewann Rot-Grün diese Bundestagswahl vor allem auch, weil die CDU/CSU es versäumte, hohe Kassendefizite mit steigenden Beiträgen, die Belastungen aus der Budgetierung für Leistungserbringer und für Patienten zum Thema des Wahlkampfes zu machen. Die alten und neuen Oppositionsparteien haben aber auch keinerlei Anstrengungen unternommen, nachdem Horst Seehofer als Kompetenzverantwortlicher in Stoibers Ministerium die Parole für den Wahlkampf ausgegeben hatte, nur ja keine Wahlalternativen zur SPD aufzuzeigen, die nur „irgendeine Wählergruppe belasten könnten“.

Handlungsdruck ist noch größer geworden

Der Handlungsdruck für die Gesundheitspolitik ist in den vergangenen Wochen jedoch noch

größer geworden. Die Vertreter der Krankenkassen haben bereits angekündigt, dass spätestens zum Jahreswechsel die Beiträge der GKV nochmals einen deutlichen Sprung machen werden. Von derzeit 14 Prozent könnte der durchschnittliche Beitragsatz der GKV dann auf bis zu 14,5 Prozent steigen. Die Arbeitslosigkeit und die weiter kletternden Arzneimittelausgaben machen den Kassen besonders zu schaffen. Langfristig bedeuten natürlich auch die steigende Lebenserwartung, eine wachsende Anzahl älterer Menschen und der medizinisch-technische Fortschritt einen erheblichen Kostendruck.

So wird die Reform des Gesundheitswesens Top-Priorität für die neue Regierung haben. Dabei wird vor allem die von der SPD an die Spitze künftigen Handelns

(Fortsetzung auf Seite 4)

Gesundheitsministerkonferenz der Länder fordert „Rezertifizierung“ bis zum Jahresende:

Zwangsbildung und Öffnung der Weiterbildung zum Fachzahnarzt

„Fortbildung ist keine freiwillige Angelegenheit der Ärzte und Zahnärzte“, und so hat die Gesundheitsministerkonferenz (GMK) der Länder einstimmig beschlossen – CDU/CSU-geführte Länder stehen also ebenso dahinter wie die SPD-Bundesländer –, eine Zwangsbildung mit einem „regelmäßigen Kompetenznachweis“ einzuführen. Gleichzeitig gibt es auf Grund von Vorhaltungen aus dem Bildungs- und Forschungsministerium, dass mit dem Klinikjahr in der Weiterbildung zum Kieferorthopäden eine unzulässige „Closed-shop-Politik“ betrieben werde, Überlegungen, dieses abzuschaffen und die Möglichkeit zur Fachzahnarzt-Weiterbildung zu öffnen.

Nach Auffassung der Länder-Gesundheitsminister ist das derzeitige System der ärztlichen und zahnärztlichen Fortbildung keine hinreichende Garantie für kompetentes ärztliches Handeln. Sie halten es daher für angezeigt, „andere Systeme zur regelmäßigen Darlegung der ärztlichen Kompetenz in der Verantwortung der ärztlichen Selbstverwaltung zu etablieren“. Eine von der GMK dazu eingesetzte Arbeitsgruppe „Rezertifizierung von Ärzten“ bemängelt, dass die Überprüfung der Fortbildung „nur in wenigen Einzelfällen“ erfolge. Die Heilberufe seien bisher nicht in der Lage gewesen, darzulegen, dass sie „über Methoden und

Vorgehensweisen zur Erfassung, Beurteilung und Verbesserung der ärztlichen Leistung verfügen“.

Fortbildungsordnung in die Heilberufs- und Kammergesetze

Nach Ansicht der GMK-Arbeitsgruppe ist Fortbildung keine freiwillige Angelegenheit der Kammerangehörigen. Sie schlägt daher vor, obligatorisch eine Fortbildungsordnung in die Heilberufs- und Kammergesetze aufzunehmen. Die Kammern sollen daraufhin verpflichtet werden, dafür Sorge zu tragen, dass die für die Berufsausübung erforder-

DGZPW zur Frage, wie viele Zähne der Mensch braucht:

Zwanzig Zähne reichen zur Not aus

Abgesehen von seinen Weisheitszähnen hat der Mensch 28 Zähne im Mund – aber braucht er jeden Einzelnen, muss

jeder von ihnen ersetzt werden, wenn er eines Tages verloren geht? Diese Frage stellen sich nicht nur Patienten, auch Wissen-

schaftler wollten das genauer wissen, die im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für zahnärztliche Prothetik und Werkstoffkunde (DGZPW) ihre Ergebnisse in der Studie „Bedarfsermittlung für prothetische Leistungen in der Zahnheilkunde bis zum Jahr 2020“ veröffentlichten.

Bis zu welcher Anzahl fehlender Zähne (vom Weisheitszahn aus gesehen) können Menschen ohne einschneidende Funktionsbeeinträchtigung leben? Mehrere Untersuchungen lassen den Schluss zu: Es geht zur Not auch

(Fortsetzung auf Seite 4)



Retard
46791K
ZB MED
Telefon: 026 24 94 99 29
Fax: 026 24 - 94 99 29

Generationsw
jetzt zum Dreie
für die Fachdent
Sparen Sie bis
Besonders attr
Mehr Informationen bei
Ihrem Sirona-Fachhandler oder
unter Hotline 01 80 1 88 99 00
Es lohnt sich!